

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 30 (1936)
Heft: 11

Artikel: Die Schweiz in Gefahr. 1., Schutz der Schweiz - gegen den Bundesrat ;
2., Liquidation oder Erneuerung des schweizerischen Sozialismus?
Autor: Ragaz, Leonhard
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-136895>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 15.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

währung muß mehr sein als eine nur währungstechnische Maßnahme. Sie muß auch der innern Abkehr vom Golde, vom Mammonismus gleichkommen. Das ist ihr tiefer Sinn.

Es ist ein tiefbedeutsamer Vorgang, daß die auf dem Golde aufgebaute Wirtschaft, die Wirtschaft, welcher die Goldwährung das Höchste war, zusammenbrach. Man wollte das Gold wahren lassen, man wollte ihm Ewigkeitswert zumessen und vergaß darob, daß die Ewigkeitswerte in dem gleichen Augenblick verloren gehen mußten, da man sie irdischen Dingen verleihen wollte. Die Abkehr von der Goldwährung, die Abkehr vom Golde *muß* daher zum Ausgangspunkt einer völlig neuen geistigen und sittlichen Orientierung werden. An die Stelle des Götzen Gold muß die Arbeit treten, die Achtung vor der ehrlichen und faubern Arbeit, die Achtung vor dem Leben des Menschen. Das Streben nach dem Golde hat uns verdorben. Es muß überwunden werden.

Die Abkehr vom Golde kann eine Wendung in der wirtschaftlichen Entwicklung bedeuten, kann der Ausgangspunkt einer völlig neu orientierten Wirtschaftsordnung werden, einer Wirtschaftsordnung, in deren Mittelpunkt wieder der Mensch, oder erstmals der Mensch, steht, und nicht mehr die Ausbeutung des Menschen. Die wirtschaftlichen Voraussetzungen dazu sind nunmehr gegeben. Es *ist* möglich, eine Wirtschaftsordnung zu schaffen, in welcher der Mensch nicht mehr durch den Menschen ausgebeutet wird. Das ist möglich, wenn wir uns bewußt sind, daß auch die innere Wandlung damit Hand in Hand gehen muß. Daß die innere Abkehr vom Golde, vom Mammonismus die geistigen Voraussetzungen schafft. Es muß beides Hand in Hand gehen. Die Abkehr vom Mammonismus muß sich auch in der äußern Abrüstung des Goldes manifestieren, in der direkten und scharfen Bekämpfung der Geldherrschaft.

Hierin liegt für mich und meine freiwirtschaftlichen Freunde der Sinn der Abwertung. Und in diesem Sinne sind wir wohl auch mit den Religiös-Sozialen einig.

Werner Schmid.

Die Schweiz in Gefahr.

1. Schutz der Schweiz — gegen den Bundesrat.

Mit dem neuesten Akt des Bundesrates, dem fogenannten *Schutzgesetz gegen den Kommunismus*, ist die Schweiz in die Vorhalle des faschistischen Zuchthaus gelangt. Schon öffnen sich die Türen zum Zuchthaus selbst. Es ist so gekommen, wie wir es immer gesagt haben: nicht die *Fronten* waren und sind zu fürchten, sondern die „trockene Faschisierung“ durch die Reaktion, vor allem auch bewirkt durch das Mittel der Militarisierung.

Seien wir uns klar: Es geht nicht gegen den Kommunismus! Der Kommunismus ist auch bei uns nur ein Vorwand. Er ist eine Vernebelung, in der die Reaktion ihre Geschäfte beforgen will. Der Bundesrat weiß so gut als die Mächte, die hinter ihm stehen, daß der Kommunismus weder für Europa noch gar für die Schweiz eine Gefahr ist, er weiß, daß das Häuflein der Kommunisten in der Schweiz nichts bedeutet. Die „Razzia“ auf seine staatsfeindlichen Umtriebe hat nichts ergeben, was der Rede wert wäre. Sie sollte bloß Panik erzeugen, sollte eine Nachahmung des hitlerischen Reichstagsbrandes en miniature helvétique sein. Der Bundesrat wäre wohl völlig erschrocken, wenn es eines Tages bei uns keinen Kommunismus mehr gäbe. Unsere Reaktion, deren Organ jener ist, lebt ja völlig davon. Woher sollte sie plötzlich einen *ändern* Kinderschreck holen? Auch darum wird die kommunistische Partei nicht *verboten* worden sein — man *braucht* den Kommunismus noch!

Es geht nicht gegen die Kommunisten, sondern gegen ganz andere Leute. Zuerst gegen die *Antimilitaristen*. Ihnen gilt die Bestimmung:

„Desgleichen sind in der Schweiz herausgegebene *Druckschriften* oder anderswie vervielfältigte Schriften, insbesondere Flugblätter, Betriebs- und Zellenzeitungen, Bilder und ähnliche Darstellungen dieser Art, die die innere oder äußere Sicherheit des Landes oder die öffentliche Ruhe und Ordnung gefährden, zu beschlagnahmen.“

Wer sieht nicht Zweierlei: Einmal, daß der perfide Versuch gemacht wird, den Antimilitarismus mit dem Kommunismus zusammenzuwerfen (trotzdem ja die Kommunisten früher erbitterte Gegner des Antimilitarismus waren und heute für die „militärische Landesverteidigung“ sind!), sodann, daß man mit solchen Bestimmungen *alles* machen kann, was man nur will. Es ist damit jede Freiheit der Rede, Schrift und Versammlung aufgehoben. Denn was gibt es, was man bei gutem Willen nicht als „Gefährdung der innern und äußern Sicherheit und der öffentlichen Ruhe und Ordnung“ hinstellen kann? Wir stehen vor der Tatsache, daß der Bundesrat die zweimal mit großer Mehrheit in der Volksabstimmung verworfene Lex Häberlin, nachdem er sie stückweise da und dort schon untergebracht hat, nun einfach von sich aus mit einem Federstrich dekretiert, und zwar nun in einer noch bequemeren Form. Damit ist endgültig die schweizerische Verfassung und die schweizerische Demokratie aufgehoben und die Diktatur, nicht des Proletariates, aber dafür des Bundesrates, eingeführt. In der Dezembersession der Bundesversammlung soll dann der Schlußstein in das Zuchthaus der faschistischen Schweiz gefügt, das heißt: die Schweiz aufgehoben werden — denn eine faschistische Schweiz ist ein Ding etwa wie gefrorenes Feuer oder lebendiger Leichnam. Dann wird man, wenn man konsequent ist, vor das Bundespalais eine Stange mit einem Hut und an den Gabel eine Statue *Gefßlers* setzen.

Es geht aber auch nicht bloß gegen den Antimilitarismus. Es geht,

wenn er nicht vorher kapituliert, auch gegen den *Sozialismus*, ja, wenn er kapituliert, erst recht. Es geht auch gegen die *Gewerkschaften*. Wenn es weit genug ist, kommen auch sie dran, und keine Mimikry wird sie retten. *Alles wie in Deutschland!* Es geht gegen alles, was den Leuten im Wege steht, in deren Namen der Bundesrat handelt. Auch das Stimm- und Wahlrecht wird feinerzeit drankommen. Auch jene Links-Bürgerlichen, die jetzt noch die Sache als harmlos darstellen wollen und meinen, man dürfe sich in der schweizerischen Gemütlichkeit nicht stören lassen. Auch an sie wird — wie in Deutschland und Italien — die Reihe kommen. Und ganz töricht ist es, zu sagen: „Gut! Die Maßregel ist zu billigen, vorausgesetzt, daß sie auch nach *rechts* wirkt.“ Sie soll wahrhaftig nicht nach rechts wirken! Am Ende bildet dann die Schweiz ein kleines Glied im Konzern der faschistischen Staaten und hat als Schweiz zu leben aufgehört. Was hat dann wohl noch jene „Landesverteidigung“ für einen Sinn, vor welcher der Sozialismus kapituliert, der zu Ehren man nach gelungener Wehrleihe die Glocken geläutet hat? Gegen *wen* wird eine faschistische Schweiz sich verteidigen? Wer Augen hat zu sehen, der sieht, gegen wen die Schweiz, die Demokratie und die öffentliche Ordnung zu schützen ist: nicht gegen die paar ohnmächtigen Kommunisten, sondern gegen den Bundesrat und seine Hintermänner. Das ist jetzt die erste, dringendste Aufgabe. Alles andere kommt erst nachher.

Es geht, in bitterem Ernste, um die *Schweiz*. Betrügen wir uns nicht durch Verharmlosung des bundesrätlichen Aktes und der ganzen Lage. Auch wenn der Bundesrat nicht einmal bewußt dem Ziele zusteuerte, das wir vor uns sehen, so wird er durch Mächte dahin getrieben, die stärker sind als er, denen *wir* aber widerstehen müssen, so lange es noch Zeit ist. Und es *ist* noch Zeit. Aber sicher wenig. Es ist sicher der letzte Augenblick.

Die Schweiz ist in Todesgefahr. Nur eine mächtig losbrechende *Volksbewegung* kann sie retten. Es gilt, den *Widerstand* zu organisieren — durch einen neuen Rütlibund gegen das neue und schlimmere Zwing-Uri. Jeder, der dies liest, bedenke seine Pflicht. Endlich, endlich muß die *Tat* kommen, die Tat, welche die Schweiz rettet. Wir dürfen *glauben*, daß es möglich sei. Aber nur, wenn wir aufwachen, aufstehen. Noch steht von der Wehrleihe her an den Mauern das Bild des Urschweizers, der den Urstier erschallen läßt: „Die Eidgenossenschaft in Gefahr!“ Ja, sie *ist* in Gefahr, aber anders, als jenes Bild meint! Ein Hornruf ergeht durch Berge und Täler: „Die Schweiz ist in Not, rettet sie! Es beginne die Regeneration der Schweiz! Zurück und vorwärts zur *Schweiz!*“

2. Liquidation oder Erneuerung des schweizerischen Sozialismus?

In der schweizerischen *Arbeiterbewegung* gehen Entwicklungen vor sich, die auch vom *schweizerischen* Standpunkt aus nicht weniger alar-

mierend sind als die Aktionen des Bundesrates. *Es handelt sich, um es kurz zu sagen, um nicht mehr und nicht weniger als um die Selbstauflösung des Schweizerischen Sozialismus.*

Die Bewegung geht von den freien *Gewerkschaften* aus, die bisher wesentlich sozialdemokratisch gewesen sind. Wir wissen nun ja seit einiger Zeit, was für ein Geist deren Führung beherrscht. (Es scheint wirklich etwas wie einen Führungsbazillus zu geben!) Sie haben auch den Kurs der Partei schon lange stark bestimmt, haben der Militärvorlage zum Siege verholfen, die Wehranleihe begeistert gefördert und sich auch mit der zweiten Lex Häberlin einverstanden erklärt. Und nun ist diese Bewegung völlig zur Reife gekommen. Die schweizerische Welt ist eines Tages durch „*Richtlinien für den wirtschaftlichen Wiederaufbau und die Sicherung der Demokratie*“ überrascht worden, die von der Führung des Gewerkschaftsbundes zusammen mit der der Jungbauern und des „Verbandes evangelischer Arbeiter und Angestellter“ ausgearbeitet worden sind und auf Grund deren alle Verbände, Parteien und Gruppen, die damit einverstanden sind, zu einem Zusammenschluß eingeladen werden. Uns interessieren an diesen „Richtlinien“ wesentlich die vier „Grundsätze“. Sie lauten:

1. Vorbehaltlose Anerkennung der *Demokratie*, Ablehnung jeder Bindung oder Zusammenarbeit mit [schlechter Stil!] irgendeiner antidemokratischen Organisation oder Bewegung.
2. Positive Einstellung zur militärischen, wirtschaftlichen und geistigen *Landesverteidigung*.
3. Achtung der *religiösen* Ueberzeugung der Volksgenossen als Voraussetzung des religiösen Friedens in der Schweiz.
4. Verpflichtung auf ein gemeinsames Programm für den wirtschaftlichen Wiederaufbau und für die Lösung der sozialen Probleme, das die Forderung nach sozialer Gerechtigkeit und gegenseitiger (!) Solidarität im Wirtschaftsleben zu verwirklichen sucht, ohne die eine wahre Volksgemeinschaft nicht bestehen kann.

Was ist davon zu halten?

Punkt 3 und 4 interessieren uns auch nicht weiter, weil sie selbstverständlich sind. Entscheidend sind 1 und 2. „Vorbehaltlose Anerkennung der *Demokratie*, Ablehnung jeglicher Verbindung mit dem Kommunismus (denn der ist vor allem gemeint) und dann die positive Einstellung zur *militärischen Landesverteidigung*.“

Beginnen wir mit der letzteren. Hier ist besonders der Fortschritt (im Krebsgang!) von *Luzern* an, unter Ignorierung des *Zürcher* Parteitages, deutlich. Diese „positive Einstellung“ bedeutet, wie der Gewerkschaftsbund nun wiederholt durch die *Tat* gezeigt hat, *die vollständige Kapitulation vor dem bürgerlichen Militärpatriotismus, ja vor dem Militarismus*. Schon die Voranstellung der militärischen Landesverteidigung spricht deutlich.

Man muß aber, um die Tragweite dieser Wendung ganz zu verstehen, noch Äußerungen dazu nehmen, die in der letzten Zeit *Grimm* getan hat (in seinem Aufsatz über „Die internationale Lage der

Schweiz“, zuerst in der „Roten Revue“ erschienen). Der große einstige Klassenkämpfer, nun brünstiger Bundesratskandidat, plädiert nun auf „gegenseitiges Vertrauen“. Wie soll dies gewonnen werden?

„Das geschieht nicht mit Schlagworten (damit gewinnt man höchstens [!] das Vertrauen der Arbeitermassen), nicht mit Vertröstungen auf die Zukunft (wie das in Arbeiterversammlungen [!] möglich ist), das geschieht nur durch das offene Bekenntnis zur schweizerischen Demokratie und zum eindeutigen Willen zu ihrer Verteidigung. Die Kreise, mit denen zusammen die Arbeiterschaft eine konstruktive [was ist das eigentlich?] Wirtschaftspolitik aufbauen kann... verstehen nichts von der subtilen Unterscheidung zwischen bürgerlicher und sozialistischer Landesverteidigung. Sie verstehen nur, daß man die Landesverteidigung nicht theoretisch bejahen und praktisch ablehnen kann. Die Zeit für solche Entscheidungen ist vorbei.“

So redet dieser Mann, der noch vor nicht langer Zeit, als die Konjunktur anders zu sein schien, vom hohen Roß seines marxistischen Radikalismus herab über uns „Kleinbürger“ gehöhnt hat. Es zeigt sich, daß der Sozialismus bei ihm nie eine *Gefinnung* und ein *Glaube* gewesen ist. Aber noch mehr: Andeutungen in jenem Aufsatz gegen eine allzu warme Teilnahme für die französische Volksfront und die spanischen Arbeiter auf der einen und die Heiligkeit der schweizerischen Neutralität auf der andern Seite, sowie Äußerungen, die man sonst gehört hat, zwingen zu der entscheidenden Frage: *Sind Grimm und Genossen damit einverstanden, daß die schweizerische Arbeiterschaft gegebenenfalls mit und für Hitler und Mussolini gegen die französische sozialistische Volksfront-Regierung kämpfe?* Es gibt hier kein Auskneifen, keine — mit Grimm zu reden — „subtilen Unterscheidungen“. Ja oder Nein!

Wir sind damit von selbst auf den entscheidenden Punkt gekommen. Sind die Gewerkschafter nebst Grimm und Genossen so ganz sicher, daß die schweizerische Armee der Verteidigung der *Demokratie* dienen werde? Dann sollen sie einmal den neuesten Akt des Bundesrates (ich meine das „Schutzgesetz gegen die Kommunisten“) ansehen, vorausgesetzt, daß sie noch Augen haben, um zu sehen, und Verstand, um zu erwägen, wie es in *Deutschland* gegangen ist. *Die Lage ist doch die, daß wir uns gegen den Faschismus im eigenen Lande zu verteidigen haben, gegen die politische aber nicht zum wenigsten auch gegen die mit ihr verbundene militärische „Führung“ der Schweiz.* Diesem Faschismus hat, unter dem Druck der Gewerkschaften, schon der *Luzerner Parteitag* Tür und Tor geöffnet. Der heutige Akt des Bundesrates, und was noch kommen wird, ist eine Folge davon. *Man hat damals mit der Verleugnung des Antimilitarismus dem Sozialismus das Rückgrat gebrochen.* Und nun soll vollends der *Selbstmord* dazu kommen?

So viel von der „positiven Einstellung“ zur sogenannten militärischen Landesverteidigung.

Und nun das „vorbehaltlose Bekenntnis zur *Demokratie*“! Eine Vorbemerkung: Ich selbst könnte das ohne weiteres ablegen. Ich

glaube mehr Demokrat zu sein, als auch ein Max Weber und Andreas Gadiant, um von Grimm und Genossen lieber zu schweigen. Aber *warum* denn die Forderung dieses Credos? Warum dieser Kommunistenkoller? Sollte ein Max Weber, um nur bloß den Führer dieser Bewegung zu nennen, nicht auch wissen, wie wenig Grund dafür in der Schweiz ist? Ist es nicht die Angst vor dem verlogenen Kommunistengeschrei der weltlichen und geistlichen Reaktion, was dieses Credo so wichtig zu machen scheint? Aber liefert man mit dieser willfähigen Angst nicht Wasser auf die Mühle des Gegners? Weiter: Wer soll denn darüber urteilen, wo Demokratie ist oder nicht? Es ist mit der Demokratie nicht eine so einfache Sache. Tatsache ist, daß da, wo so gar viel von Demokratie die Rede ist, man in Wirklichkeit viel Diktatur findet. Vielleicht sogar in der Nähe der Gewerkschaftsbewegung. Und wie stand es bisher mit der Demokratie in der Sozialdemokratie, z. B. in ihrer Presse? Wie steht es mit der Demokratie der bürgerlichen Welt? Haben Jakob Haas und Andreas Gadiant sich nicht für die zweite Lex Häberlin eingesetzt, die wohl nicht gerade Demokratie bedeutete? Und umgekehrt? Haben sich nicht die Kommunisten *dagegen gewehrt*? Will nicht die russische Verfassung die vollkommenste Demokratie sein, ja behaupten das nicht sogar der Faschismus und Nationalsozialismus? Und die Glieder der römischen Kirche — sind sie nicht durch die „Grundlinien“ ausgeschlossen, weil sie sicher eine autoritäre, hierarchische, also „antidemokratische“ Institution ist? Wer bildet das Inquisitionsgericht für die demokratische Rechtgläubigkeit? Und endlich: *Ich hege ein tiefes Mißtrauen gegen dieses jetzt zur Mode gewordene demokratische Lippenbekenntnis*. Als „Theologe“ weiß ich, daß religiöses Lippencredo um so williger und eifriger abgelegt wird, je weniger wirklicher *Glaube* vorhanden ist. Sollte es sich vielleicht mit diesem demokratischen Credo ähnlich verhalten?

Ich glaube, daß diese Richtlinien keine Wegweiser sind, sondern Irrlichter, die in den Sumpf und Abgrund führen.

Wird die sozialdemokratische Partei mit den Gewerkschaften diesen Weg gehen?

Es wäre der Weg in den Untergang für den schweizerischen Sozialismus, der die Schweiz mitrisse. Das ist meine feste Ueberzeugung. Machen wir uns doch noch einmal ganz klar:

Diese Richtlinien-Bewegung bedeutet die Preisgabe des schweizerischen Sozialismus. *Man sei ehrlich und sage offen, ob man dies will oder nicht!*

Die Gegner sind sich darüber vollständig klar. Der „Bund“ erklärt:

„Der schweizerische Gewerkschaftskongreß war in Ton und Sachlichkeit anders als die früheren — weniger parteipolitisch, dafür national und demokratisch.“ [Die Richtlinien stellen] „für die bürgerliche, speziell die freisinnige, Politik nichts Neues dar. Auf diesen geistigen Grundlagen ruht seit Jahrzehnten die *bürgerliche* [!]“

Politik. *Das Bekenntnis der Arbeitnehmersverbände bedeutet somit eine Stärkung der bürgerlichen Ideologie, des bürgerlichen Gedankens, des Fortschrittes und des sozialen Ausgleichs. Das neue Programm dieser Kreise liegt also ... in einer ideologischen Wiedereingliederung in die Front des Bürgertums!*“ [Die Sperrungen sind von der Redaktion.]

Und die „*Neue Zürcher Zeitung*“:

„*Diese Grundsätze ... entsprechen den Grundgedanken der bürgerlichen Politik.* Mit dieser Feststellung soll die Bedeutung der auf die Annahme solcher Grundsätze proklamierten *Rückkehr der Gewerkschaften auf den Ideenboden des national und demokratisch gesinnten (!) Bürgertums* nicht verkleinert, sondern kräftig unterstrichen werden.“ [Die Sperrungen sind von der Redaktion.]

Die Haltung der Bürgerlichen (ich denke an die politischen Drahtzieher) ist ganz deutlich. Eine ganz, ganz kleine Gruppe wirklich „Linksbürgerlicher“ ist voll Freude. Es ist erreicht: der Sozialismus ist geläutert — will heißen: hat sich selbst aufgegeben und in eine linksbürgerliche (auch kleinbürgerliche) Reformpartei verwandelt. Nun kann es wieder eine linksbürgerliche demokratische Massenbewegung mit starkem (allerdings nicht allzu starkem!) sozialem Einschlag geben. Ein anderer Teil, die Katholiken und die „Liberal-Konservativen“, lehnen das Mitmachen ab; sie fürchten, daß man in ein vom „Marxismus“ gespanntes Netz ginge und könnten die *wirtschaftlichen* Richtlinien nicht annehmen. Aber es gibt noch eine dritte Richtung, und die ist die wichtigste. Sie begrüßt die Richtlinien, wenn auch mit mehr oder weniger Vorbehalt, weil sie erkennt, daß sie eine Selbstauflösung des Sozialismus bedeuten. Wenn dieser letztere Prozeß weit genug ist, dann erhalten Sozialismus und Gewerkschaftsbewegung den Tritt, der lange genug für sie gerüstet ist.

Das sind die Gescheitesten. *Denn das würde mit tödlicher Sicherheit der Erfolg sein. Die Kapitulation des Sozialismus, die mit dem Umfallen in der Militärfrage begonnen hat, öffnet mit der neuesten Wendung dem Faschismus das Tor.* Der Stoß wird *rasch* erfolgen.

Wenn nicht *rasch*, im letzten Augenblick, die *Besinnung* erfolgt, eine neue Wendung, ein Zufichselbstkommen und Sichaufraffen zum Widerstand.

Und nun noch eines: Der dies schreibt, hat, wie er ja an Hand von Dokumenten aller Art leicht nachweisen kann, stets einen *weiteren* Sozialismus, einen Sozialismus als *umfassende Volksbewegung*, vertreten, er ist auch für das Recht des *schweizerischen* Denkens, für eine *richtige, wahre* Landesverteidigung eingetreten, alles unter eisigem Schweigen oder überlegenem Lächeln für solche Kindereien bei den jetzigen Kämpfern für Demokratie und Volkssozialismus.¹⁾ Und nicht wenige mit

¹⁾ Einer von ihnen, der für uns nie anderes als Haß und Hohn hatte, *Friedrich Heeb*, Redaktor des „Volksrechts“, schreibt (in der „Roten Revue“) voll Begeisterung über das Buch von *Jaksch*: „Volk und Arbeiter“. Aber es fällt ihm natürlich nicht ein, daran zu erinnern, daß er selber jahrzehntelang die bekämpft hat, die *rechtzeitig* solche Gedanken vertraten.

ihm. Was für eine Arbeit haben wir, einen Teil davon fast unbeachtet, in diesem Sinne geleistet! Auch jetzt noch halte ich das durchaus für den *rechten Weg*. *Aber er darf nicht so gegangen werden, daß dabei der Sozialismus verleugnet oder entmannt wird*. Er kann nur so gegangen werden, daß der Sozialismus sich *besinnt*, eine *tieferer Begründung* und einen *höheren Sinn* gewinnt. Dann allein kann er ein wirklicher Volkssozialismus werden; dann allein ist dafür die Grundlage vorhanden. So wie man es jetzt machen will, ist es ein Haus auf Sand gebaut, das keinen Windstoß, geschweige denn einen Sturm aushält.

Liebe Freunde, sage ich darum, und darf so sagen, denn die Sache des Sozialismus ist mir heiliger als je, ihr geht den rechten Weg, aber ihr geht ihn in falscher Richtung. Der Weg zum wahren Volkssozialismus ist der Weg über die Erneuerung des Sozialismus und die Regeneration der Schweiz!

Leonhard Ragaz.

Botſchaft der Religiös-ſozialen Vereinigung der Schweiz.

An das kämpfende ſpaniſche Volk!

Die an ihrer Jahresverſammlung in Biel verſammelten Mitglieder der Religiös-ſozialen Vereinigung der Schweiz gedenken in warmer Anteilnahme des ſpaniſchen Volkes, das einen heroischen Kampf führt, um die nach jahrhundertelanger Knechtschaft und Not mühsam erkämpfte Freiheit zu verteidigen. Wenn wir uns auch deſſen bewußt ſind, daß die letzten Entſcheidungen in dieſem Kampfe zwiſchen Freiheit und Tyrannei, zwiſchen Menſchenrecht und Standesvorrecht nicht auf den Schlachtfeldern fallen werden, ſo ſind wir doch überzeugt, daß die unerhörten Opfer, die das ſpaniſche Volk jetzt auf ſich nimmt, nicht umſonſt ſein werden, wie immer auch der gegenwärtige Kampf enden mag.

Es erfüllt uns ganz beſonders mit Schmerz und Scham, daß die offizielle chriſtliche Kirche Spaniens, blind für die ernſten Gerichtszeichen, die ihr in dem ſtets wachſenden Zorn weiter Volksmaſſen erwuchſen, auch jetzt wieder um äußerer Intereſſen und weltlicher Macht willen ſich an dem verbrecheriſchen Kampfe gegen die Freiheit und das Lebensrecht des Volkes beteiligt und damit die Sache Chriſti aufs ſchwerſte kompromittiert und dem Volke den Weg zu Chriſtus verſperrt. Wir freuen uns, daß trotz dieſer verhängnisvollen Haltung der offiziellen Kirche und eines großen Teils der Chriſtenheit überhaupt zahlreiche Chriſten ſich um Chriſti willen entſchloſſen auf die Seite des Volkes ſtellen, und wir halten feſt an der Hoffnung, daß auch das Gericht über die Kirche, zu dem die verblendete Haltung